

**Protokoll der Pressekonferenz
im Anschluss an die Zentralbankratssitzung
der Deutschen Bundesbank
am 4. April 2001
- nach Bandaufnahme -**

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Wir haben heute in der Zentralbankratssitzung den Jahresabschluss der Bundesbank für das Jahr 2000 mit einem Jahresüberschuss von rd. 8,4 Mrd. Euro festgestellt. Dieser Betrag ist heute morgen schon unmittelbar nach dem Beschluss auf den Konten des Bundes gutgeschrieben worden. Nach den Haushaltsregelungen werden davon 3,6 Mrd. Euro - das entspricht den früheren 7 Mrd. DM - zur Finanzierung des Bundeshaushaltes und der Rest zur Tilgung der Schulden des Erblastentilgungsfonds verwendet. Der Gewinn der Bundesbank ist zum Vergleich zum Vorjahr deutlich um 4,5 Mrd. Euro gestiegen.

Diese Steigerung beruht im Wesentlichen auf zwei Faktoren: Die wichtigste Quelle für den Bundesbankgewinn sind die Zinserträge von insgesamt 9,4 Mrd. Euro, die sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mrd. Euro erhöht haben. Auf der anderen Seite stehen allerdings auch Zinsaufwendungen, die gegenüber dem Vorjahr um 1 Mrd. Euro auf 2,2 Mrd. Euro gestiegen sind. Dies sind die Zinsaufwendungen, die sich aus der Verzinsung der Mindestreserve ergeben, die früher nicht verzinst wurde und mit Einführung des ESZB-Systems verzinst wird.

Der zweite wichtige Ertragsfaktor sind die realisierten Gewinne aus den Fremdwährungs- und Wertpapierverkäufen im Betrag von 2,5 Mrd. Euro. Davon entfallen Erträge von 2,3 Mrd. Euro aus der Reduzierung der US-Dollar- und Sonderziehungsrechtsbestände. Die Fremdwährungsforderungen der Bundesbank aus Wertpapiernanlagen, Guthaben bei Banken, Krediten und sonstigen

Fremdwährungsforderungen belaufen sich Ende 2000 zu Marktkursen bewertet auf 53,4 Mrd. Euro. Sie lauten bis auf einen kleinen Yen-Posten auf US-Dollar.

Angesichts der Höhe der Währungsreserven und der Dollarstärke hat die Bundesbank im Verlaufe des Berichtsjahres nicht nur die laufenden Zinserträge auf ihre US-Dollaranlagen verkauft, sondern darüber hinaus auch ihren US-Dollar-Bestand netto, gerechnet zu Marktpreisen, um etwa 3,1 Mrd. US-Dollar auf 49,3 Mrd. US-Dollar reduziert. Dies geschah im Wege des Verzichts auf Wiedereindeckung kommerzieller US-Dollarabflüsse und durch zeitlich gestreckte, marktschonende Verkäufe jeweils kleinerer Dollarbeträge. Durch die Verminderung des US-Dollarbestandes sind Gewinne in Höhe von 2 Mrd. Euro realisiert worden.

Hinsichtlich der Bewertungsregel möchte ich darauf verweisen, dass Bilanzpositionen, die Marktpreisschwankungen unterliegen, seit 1999 zu Marktpreisen bewertet werden. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind aber nicht erfolgswirksam und werden deshalb auch nicht ausgeschüttet, sondern werden in einem passivischen Ausgleichsposten aus Neubewertung ausgewiesen. Das sind insgesamt 39,2 Mrd. Euro. Vor allem für die Goldposition ergibt sich ein unrealisierter Gewinn von 24,5 Mrd. Euro. Bewertungsgewinne stehen nicht zur Ausschüttung, sondern nur zum Ausgleich von künftigen Bewertungsverlusten zur Verfügung. Daneben ist eine Auflösung nur bei Abgängen der entsprechenden Aktiva möglich wie z. B. im Zusammenhang mit der Veräußerung dieser vorher erwähnten Dollarbestände.

Hinsichtlich Bilanzrelationen und Bilanzzusammenhängen unterscheidet sich die Bundesbankbilanz von normalen Bankbilanzen. Sie ist vor allem ein Spiegelbild der geld- und währungspolitischen Aktivitäten. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 256 Mrd. Euro erhöht. Dieser Erhöhung liegen folgende Zusammenhänge zugrunde: Erstens lag zum Jahresende 2000 die Refinanzierung des Bankensektors um 48 Mrd. Euro deutlich höher als zum 31.12. des Jahres davor und zweitens stand dieser Erhöhung des Zentralbankgeldbedarfes eine Verminderung der TARGET-Salden gegenüber. Ende 1999 bestanden für die Bundesbank Forderungen in Höhe von 35 Mrd. Euro, Ende 2000 waren das nur noch 6,9 Mrd. Euro.

Unter den Passivpositionen ist als höchste Abweichung gegenüber dem Vorjahr die Erhöhung der Einlagen auf Girokonten der Kreditinstitute auf 7,2 Mrd. Euro und die Verringerung des Bargeldumlaufes um 6,2 Mrd. Euro hervorzuheben. Der relativ hohe Bargeldumlauf Ende 1999 war auf die Sondersituation zum Jahrtausendwechsel zurückzuführen.

Zur Entwicklung der Struktur sowie des Personal- und Sachaufwandes eine kurze Anmerkung: Der anhaltende Rationalisierungs- und Konzentrationsprozess im Kreditgewerbe hat auch in der Bundesbank zu einer weiteren Anpassung des Zweiganstaltennetzes geführt. Die Zahl der Zweiganstalten wurde im Jahr 2000 um 16 auf jetzt 129 Zweiganstalten verringert und die Schließung weiterer Zweiganstalten wird geprüft. Der Personalstand der Mitarbeiter ist nahezu unverändert mit - wenn man alles in allem rechnet, auch die Teilzeitbeschäftigten, die Beurlaubten - rund 16.000. Der Personalaufwand hat um 118 Mio. Euro auf 980 Mio. Euro zugenommen. Das ist eine Steigerung um 13,7 %, die allerdings auf die Bildung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Bezogen auf Tarif- und Besoldungserhöhungen ergibt sich nur eine Zunahme von 1,4 %. Der Sachaufwand ist nur geringfügig um 9 Mio. Euro auf 299 Mio. Euro gestiegen. Allein die Tatsache, dass das Direktorium verkleinert wurde, hat auch zu erheblichen Einsparungen geführt. Sie sehen das, wir sind nur noch 6 gegenüber früher 8 Mitgliedern.

Der Geschäftsbericht wird Ihnen am Montag kommender Woche ausgeliefert und er erläutert die Notenbankpolitik im abgelaufenen Jahr. Vorab haben wir Ihnen einen Auszug aus dem Geschäftsbericht verteilt, der den Jahresabschluss beinhaltet, den ich eben erläutert habe. Ich möchte auch Anmerkungen zur Wirtschaftslage und zur Geldpolitik anführen, im Wesentlichen im Jahr 2000, denn wir behandeln den Jahresabschluss des Jahres 2000.

Wir können sicher auf ein gutes Jahr 2000 zurückblicken. Das Wachstum der Weltwirtschaft war mit fast 5 % so hoch wie seit vielen Jahren nicht mehr. In der Europäischen Währungsunion betrug es 3,5 % und war damit das höchste in den vorangegangenen 10 Jahren. Damit ging auch ein Anstieg der Beschäftigung und ein spürbarer Rückgang der Arbeitslosigkeit einher. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe hat sich allerdings unter dem Einfluss der hohen Ölpreise und der Euroschwäche auf

2 1/4 % verstärkt. Ohne die Energiekomponente gerechnet, sind die Preise allerdings nur um 1 1/4 % gestiegen. Die längerfristigen Inflationserwartungen sind durchaus niedrig geblieben.

Aus deutscher Sicht überwiegen ebenfalls die positiven Aspekte. Mit 3% war das Wachstum doppelt so stark wie im Durchschnitt der 90er Jahre. Auch gegenüber den anderen Ländern des Euroraums konnten wir aufschließen. Die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten verbesserte sich trotz eines erneuten Rückschlags in der Bauwirtschaft. Das trug zu Investitionsdynamik bei und mit einer stabilitätskonformen und beschäftigungsgerechten Lohnpolitik hat das zu weiteren Fortschritten beigetragen.

Im Verlauf des vergangenen Jahres hat sich die Weltkonjunktur allerdings abgeschwächt. Risiken sind hinzugekommen. Die Ölpreise sorgten für eine Drosselung der Inlandsnachfrage in den ölimportierenden Ländern. Im Euroraum wirkte der nachgebende Eurokurs in die gleiche Richtung. In den USA, die lange Zeit die Rolle einer Konjunkturlokomotive innehatten, kam es zu einer wesentlich vorsichtigeren Bewertung dessen, was wir im vergangenen Jahr ständig diskutiert haben, nämlich der neuen Ökonomie. Die Folge: drastische Kurseinbrüche bei Technologiewerten, die auch auf die internationalen Finanzmärkte ausstrahlten. Die Aktienentwicklung stellt zwar sicherlich teilweise eine Korrektur von Übersteigerungen dar, aber sie kann auch zu einer deutlichen Dämpfung des privaten Konsums und der Investitionen führen, zur Verunsicherung der Marktteilnehmer beitragen, die dann alles in allem die weitere Entwicklung belasten könnten.

Vor diesem Hintergrund ist insbesondere in den USA die Sorge um eine stärkere Wachstumsabschwächung gewachsen. Eine härtere Landung der amerikanischen Wirtschaft könnte auch die Volkswirtschaft im Euroraum stärker beeinträchtigen. Konjunkturrisiken haben deshalb zweifellos zugenommen, doch ist auch für den Euroraum - aus heutiger Sicht zumindest - nicht mit einer nachhaltigen und ausgeprägten konjunkturellen Abschwächung zu rechnen. Die wirtschaftliche Verfassung erscheint angesichts der robusten Binnennachfrage durchaus belastbar.

In Deutschland hat sich die Konjunktur gegen Jahresende eher stärker als im Euroraum beruhigt. Das ist sicherlich auf die unterschiedliche Außenwirtschaftsstruktur gegenüber den anderen Ländern zurückzuführen. Aber aufgrund dieser ungünstigen Startposition wird das Wachstum im Durchschnitt dieses Jahres sicher geringer ausfallen als im letzten Jahr. Die Frühindikatoren weisen ebenfalls überwiegend in diese Richtung. Die indirekten Ölpreiswirkungen sind sicherlich noch nicht völlig ausgestanden. Im Augenblick gibt es einen Kaufkraftentzug durch die Abrechnungen für Mieter für die Heizperiode. Diese Abrechnungen sind vielfach für Mieter mit erhöhten Vorauszahlungen verbunden. Andererseits dürfte die Inlandskonjunktur durch die Steuerentlastungen profitieren. Das gilt sicher für den privaten Verbrauch wie für die Investitionsbereitschaft. Weitgehend stabile Lohnstückkosten und die nach wie vor hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sprechen für eine Fortsetzung des Wachstumsprozesses, zumal die Effekte seitens der Bauwirtschaft irgendwann auch einmal die negativen Effekte auslaufen müssen, die sich insbesondere noch in den neuen Bundesländern deutlich niederschlagen.

Die Wirtschaftspolitik kann das Wachstum vor allem dadurch stützen, dass sie makroökonomisch verlässliche Rahmenbedingungen bietet und auf den Güter- und Faktormärkten die Flexibilität weiter voranbringt. Es ist zwar einiges auf den Weg gebracht im Bereich der Finanzpolitik: Konsolidierung, Steuerreform, Rentenreform. Da sind wichtige Entscheidungen getroffen worden, die die Rahmenbedingungen verbessern. Auch Deregulierung ist in wichtigen Gütermärkten angegangen worden und muss fortgesetzt werden. Auf dem Arbeitsmarkt dringen flexiblere Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitmodelle weiter vor. Gleichwohl erscheinen noch zusätzliche Reformschritte erforderlich, um die Weichen noch entschlossener in den Dienst nachhaltigen Wachstums zu stellen.

Der Geldpolitik des Eurosystems stellte sich im vergangenen Jahr die Aufgabe, ein Übergreifen der externen, d. h. vom Ölpreis und Wechselkurs ausgehenden Preisanstöße auf die Preis- und Kostenentwicklung im Eurowährungsgebiet zu verhindern, die Geldwertstabilität mittelfristig zu sichern und damit einen Beitrag zu einem dauerhaft hohen Wirtschaftswachstum zu leisten. Ich glaube, wenn man objektiv die Geldpolitik der Europäischen Währungsunion beurteilt, dann kann man nur sagen, dass

das der EZB im vergangenen Jahr außerordentlich gut gelungen ist. Wenn man sich die langfristigen Zinsen betrachtet, dann sind die Inflationserwartungen nach wie vor relativ niedrig.

Zu diesem Zweck wurden die Notenbankzinsen bis zum Oktober mehrmals angehoben; auf einen restriktiven Kurs ist das Eurosystem allerdings nicht übergegangen. Seit Spätherbst wird eine Zinspolitik der ruhigen Hand verfolgt. Sie wurde dadurch ermöglicht, dass sich das Geldmengenwachstum abgeschwächt hat und die Liquiditätsausstattung der Wirtschaft angemessener wurde. Die Geldmenge übertraf den Referenzwert zuletzt nur noch um Zweizehntel Prozent.

Aufgrund des mäßigeren Geldmengenwachstums, des Rückgangs der Ölpreise und zumindest zeitweilig etwas höheren Bewertung des Euro an den Devisenmärkten sowie der Dämpfung des Wirtschaftswachstums nahmen die Gefahren für die Preisstabilität auf mittlere Sicht ab. Aber es bleiben Risiken. Die Teuerungsrate ist immer noch hartnäckig über der Definition der EZB für Preisstabilität in der mittleren Sicht von unter 2 %. Dazu tragen sicherlich die verzögerten Ölpreis- und Wechselkurswirkungen sowie Sondereinflüsse bei administrativen Preiserhöhungen und jetzt auch die BSE-Effekte bei. Die sollten jedoch allmählich abklingen, bergen aber nach wie vor die Gefahr von Zweitrunden-Effekten in sich. Auch die Wechselkurse und Ölpreise sind durchaus volatil. Deshalb hat das Eurosystem auch die abwartende Haltung beibehalten, zumal die monetären Bedingungen kein Hindernis für Wirtschaftswachstum darstellen. Sicherlich werden wir im EZB-Rat auch weiterhin nach gründlicher Analyse und sorgfältiger Abwägung der Risiken entscheiden. Heute Nachmittag findet zeitgleich in Berlin eine Podiumsdiskussion statt, in der Wim Duisenberg sicherlich zu entsprechenden Fragen Stellung nimmt.

Ich will noch ein kleines anderes Kapital anfügen: Vor uns steht die große logistische Aufgabe, die Anforderungen an alle unsere Mitarbeiter stellt, nämlich die Verteilung der Euro-Banknoten Ende diesen Jahres und Anfang nächsten Jahres an Bürgerinnen und Bürger. Diese haben dann ein sichtbares und greifbares Symbol für das neue Europa in Händen.

Wir haben in den letzten Tagen das Konzept für die Bargeldumstellung in einer Pressekonferenz durch Herrn Meister vorgestellt und in Berlin eine Informationskampagne begonnen, die das ganze Jahr anhalten wird. Die Vorteile der neuen Währung können sich aber für die Bürger erst dann voll entfalten, wenn sie auch den Nutzen aus einem größeren europäischen Finanzmarkt ziehen können, und das ist heute noch nicht der Fall. Das liegt an der fragmentierten Infrastruktur und der fehlenden rechtlichen Harmonisierung im Wertpapierbereich.

Im Gegensatz zu den Fortschritten, die der einheitliche europäische Markt bei Gütern und Dienstleistungen gebracht hat, hat die Integration der Finanzmärkte noch ein gutes Stück Weg vor sich. Nicht zuletzt stehen auch die nationalen Zentralbanken in der Verpflichtung, mit dazu beizutragen, dass die Bürger des Währungsraumes im übertragenen Sinne auch die Eurodividende des Kapitalmarkts erhalten. Diese kann sich in Form einer vergleichsweise höheren wirtschaftlichen Aktivität, verbesserten Finanzierungsmöglichkeiten oder auch in zusätzlichen Optionen bei Anlagen, auch z. B. für die Altersversorgung niederschlagen. Dafür wäre es notwendig, die Kosten von Transaktionen zu senken, die Wahlmöglichkeiten bei der Anlage in den unterschiedlichsten Wertpapieren zu erweitern. Es gibt Defizite, die ich kurz erwähnen möchte: fragmentierte Infrastruktur für Handel, Clearing, Abwicklung und Verwahrung der Wertpapiere, unterschiedliche nationale Verfahrensweisen bei Neuemissionen von Wertpapieren und bei der Bewertung von Firmen, Harmonisierungsbedarf bei den Rechtsgrundlagen im Wertpapierbereich, fragmentierte Aufsichtsstrukturen für den Wertpapierbereich, die zu Regulierungsarbitrage führen können. Die stehen schließlich im Widerspruch zum Grundsatz "same business, same risks, same rules".

Die Überwindung dieser Defizite erfordert konzentrierte und abgestimmte Vorgehensweisen auf den Gebieten. Vieles ist da auf gutem Weg. Es gibt Abstimmungen zwischen den nationalen Wertpapieraufsichtsämtern. Es gibt den Aktionsplan der EU-Kommission für europäische Finanzdienstleister. Es gibt die Ratschläge der Lamfalussy-Gruppe. Es müssen jetzt "nur" die nationalen Gesetzgeber und die Aufsichtsorgane ihre Anstrengungen beim Abbau der Defizite erhöhen.

Ich sehe die Notwendigkeit, dass Fortschritte auf den genannten Gebieten und ihre Konsequenzen für den Kapitalmarkt und die Bürger stärker in das öffentliche

Interesse gerückt werden sollten. Wichtig ist, dass EU-Kommission, Gesetzgeber, Aufsicht, Marktteilnehmer, insbesondere aber Börsen und Abwicklungssysteme an einem Strang ziehen. Nur so können wir im Euroraum, eine Markteffizienz erreichen wie das auch in den USA der Fall ist.

Die Notenbanken sind zwar keine Beteiligten, aber sie können Moderatorenrollen übernehmen. Es muss auch die Fragmentierung der Börsenlandschaft überwunden werden, damit wir zu einer Finanzmarktintegration kommen, wie sie bei den Geldmärkten bereits hervorragend gelungen ist.

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen für die konstruktive Begleitung im vergangenen Jahr recht herzlich zu danken. Das war für uns in der Bundesbank kein ganz einfaches Jahr. Aber das was vor uns liegt, wird auch nicht viel einfacher werden. Die Diskussionen, die wir im vergangenen Jahr gehabt haben, werden uns auch noch einige Zeit begleiten. Die schwierigste Aufgabe, die sich uns im kommenden Jahr stellt, ist einmal die Einführung des Euro-Bargeldes, aber sicherlich auch die sich abzeichnenden Veränderungen in der Leitungsstruktur der Bundesbank, so wie sie der Bundesfinanzminister am 25. Januar skizziert hat. Auch die Veränderungen, was die Zusammenwirkung mit der Bankenaufsicht angeht - Gesetzesentwürfe kennen wir bisher nicht - werden sicherlich die Diskussion bestimmen. Darüber hinaus wird uns auch das Thema der EU-Erweiterung in diesem Jahr weiterhin begleiten.

Zu allerletzt möchte ich nicht versäumen darauf hinzuweisen, dass der Kollege Prof. Hans-Jürgen Krupp heute zum letzten Mal an einer ZBR-Sitzung teilgenommen hat. Er ist im Dezember 1993 Präsident der LZB in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein geworden und hat seitdem an allen 172 ZBR-Sitzungen teilgenommen, die es seitdem gegeben hat. Dass der Kollege Krupp ein streitbarer, auf wissenschaftlichem Fundament beruhender Analytiker und kenntnisreicher Kollege im ZBR gewesen ist, brauche ich hier im Einzelnen nicht zu betonen. Der ZBR hat ihm sehr zu danken und wird ihn sicherlich auch vermissen.
Herzlichen Dank.

Frage:

Bei der Vorstellung der letzten Ifo-Zahlen hat man gesagt, wenn die Bundesbank noch die monetäre Kompetenz hätte, hätte sie die Zinsen gesenkt. Ich möchte Ihre Meinung dazu hören. Ihre Meinung hätte ich gerne auch zu einer anderen Sache gehört: Seit Monaten sagt die EZB, dass sie Inflationsrisiken sieht, vor allem eine Inflation, die sich in einem Second-Round-Effect dann auch auf Lohnforderungen ausweiten würde und die Inflation dadurch noch anheizen könnte. Woher kommen diese Risiken, denn viele sagen, die einzigen Risiken resultieren aus der Wirtschaftsverlangsamung.

Bundesbankpräsident Welteke:

Zur ersten Frage: Die Bundesbank übt die geldpolitische Kompetenz nicht mehr aus. Sie liegt jetzt bei dem Rat der EZB. Deshalb ist das eine hypothetische Frage, die für die Realität irrelevant ist. Der zweite Punkt sind die Second-Round-Effects: Wir haben z. B. in Deutschland seit heute eine Urabstimmung in einem Teilbereich unserer Wirtschaft, wo die Aufgerufenen Gehaltserhöhungen von mindestens 30 % bis in der Spitze 70 % verlangen. Da kann man durchaus sagen - wenn das Schule machen sollte, ist es durchaus angebracht, auf eine Gefährdung durch Lohn- und Gehaltssteigerungen hinzuweisen. Ein Nachbarland hat z. B. erneut eine Indexierung von Löhnen und Gehältern vorgenommen, was man aus Notenbanksicht nicht begrüßen kann.

Frage:

Wieviel hat die Bundesbank eigentlich aus dem Gewinn der EZB bekommen? Die zweite Frage betrifft die Prognosen für die Konjunktur: Können Sie denn über Ihren vorbereiteten Text hinaus vielleicht mal die Einschätzungen der Bundesbank für die Konjunktur 2001 in Deutschland geben?

Bundesbankpräsident Welteke:

Der Anteil der Bundesbank am ausgeschütteten Gewinn der EZB beträgt 31 % und beläuft sich auf eine Summe von knapp unter 500 Mio. Euro.

Prof. Remsperger, MdD:

Zur Frage der Einschätzung der deutschen Konjunktur ist es meines Erachtens notwendig, auch einen Blick zurückzuwerfen. Hier müssen wir konstatieren, dass die deutsche Wirtschaft bereits im 2. Halbjahr des Jahres 2000 an Schwung verloren hat. Das hat natürlich Konsequenzen für den Ausblick auf das laufende Jahr. Insgesamt ist festzuhalten, dass der sog. Überhang, den wir aus dem letzten Jahr mitnehmen, diesmal deutlich geringer ist, als das im Jahr zuvor der Fall gewesen ist. Unter diesen Aspekten gesehen ist für das laufende Jahr damit zu rechnen, dass die Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts doch deutlich geringer ausfallen wird als im letzten Jahr. Es sind eine Reihe von Risikofaktoren aufgetreten, die Herr Welteke bereits in seiner Präsentation vorgetragen hat. Ich meine, wir sollten die Abflachung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten in ihrer Auswirkung auf Europa nicht unterschätzen, das ist ein Punkt. Ein weiterer Faktor sind die Nachzahlungen im Bereich von Heizungskosten. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass diese Nachzahlungen den privaten Konsum doch etwas dämpfen werden. Darüber hinaus müssen wir uns auch noch einmal vergegenwärtigen, dass wir gerade zu Beginn dieses Jahres eine Reihe von administrierten Preiserhöhungen hatten, die das verfügbare Einkommen ebenfalls etwas gedämpft haben. Dies alles zusammengenommen bringt mich zu der Aussage, dass das Wirtschaftswachstum in Deutschland im laufenden Jahr deutlich niedriger als im letzten Jahr ausfallen dürfte.

Frage:

Wie deutlich?

Prof. Remsperger, MdD:

Ich glaube, Sie können sich sehr gut vorstellen, wenn die Bundesbank so deutlich redet, dann meint sie nicht nur ein oder zwei Zehntel, sondern eine Zahl darüber. Ich werde keine - und ich bitte um Verständnis dafür - exakte Zahl nennen. Ich glaube, dass das Bild, welches ich Ihnen wiedergegeben habe, doch schon einiges aussagt. Ich sollte vielleicht hinzufügen, dass selbst bei einem deutlich niedrigeren Wachstum impliziert ist, dass im Verlauf des Jahres 2001 das Wirtschaftswachstum durchaus wieder an Schwung gewinnen könnte, ja sogar an Schwung gewinnen müsste, damit ein Wachstum herauskommt, welches sich in der Größenordnung von potentiellen

Schätzungen bewegt. D. h. wenn ich von einem deutlich niedrigeren Wachstum im Jahresdurchschnitt spreche, ist damit ein positiver Verlauf für das Jahr 2001 insgesamt impliziert.

Frage:

Viele haben nach einer Zinssenkung gerufen. Wird es sehr lange dauern?

Bundesbankpräsident Welteke:

Ich kann nur wiederholen, was wir im EZB-Rat zuletzt beschlossen haben. Wir bleiben zunächst bei der abwartenden Haltung. In einem Umfeld, das von steigender Unsicherheit geprägt ist, prüft der EZB-Rat sorgsam, ob und wenn ja in welchem Umfang die Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität weiter abnehmen werden, und diese Prüfung nimmt er alle 14 Tage vor.

Frage:

Herr Präsident Welteke, wie beurteilen Sie es, wenn Herr Köhler vom IWF der EZB eine Zinssenkung empfiehlt? Denken Sie dann vielleicht auch an Herrn Lafontaine, der ja immer irgendwann mal Recht bekam, nachdem er lange genug öffentlich was gesagt hat? Zweite Frage: Man könnte sagen, 16 Mrd. DM an den Bund ist eine Menge, aber da gibt es ja diese schönen Dollar- und Goldreserven, und da gibt es demnächst den Euro. Braucht man die eigentlich noch ganz? Ich kenne alleine 3 Leute, die versucht haben, Herrn Eichel und Sie zu "beatmen". Man könnte ja eventuell einen Teil versilbern. Können Sie das für dieses Jahr ausschließen, auch deswegen, weil das dem Euro schaden würde?

Bundesbankpräsident Welteke:

Nein, so wie wir im vergangenen Jahr im bescheidenden Umfang den Dollar-Bestand reduziert haben, werden wir je nach Marktlage und je nach Zweckmäßigkeit das vielleicht auch in diesem Jahr fortsetzen. Was die Goldreserven angeht, so ist es so, dass die großen goldhaltenden Notenbanken ein Abkommen abgeschlossen haben, in 5 Jahren nicht mehr als 2000 t Notenbankengold, also pro Jahr bis zu 400 t, verkaufen zu wollen, weil sie sonst den Goldpreis gefährden würden. Das würde erstens Auswirkungen auf ihre eigene Bilanz haben, es würde aber auch goldexportierende Länder in große Schwierigkeiten bringen. Wir haben dieses Abkommen mit

unterschrieben, von daher sind wir gegenwärtig nicht in der Lage, Notenbank-Gold zu verkaufen und brauchen uns deshalb auch den Kopf nicht darüber zu zerbrechen, ob wir das tun sollten, wenn wir es denn könnten.

Frage:

Wie lange währt dieser Vertrag?

Bundesbankpräsident Welteke:

5 Jahre, das Abkommen ist jetzt 1 ½ Jahre alt. Es ist damals vertraglich vereinbart worden, dass das Gold, was zum Zeitpunkt des Abschlusses beabsichtigt war zu verkaufen, durch dieses Abkommen abgedeckt wird. Das gelingt nicht ganz; denn eine kleinere Branche muss noch nach den 5 Jahren von den damals beabsichtigten Verkäufen abgegeben werden, aber das ist marginal und spielt eigentlich keine Rolle. Dem Abkommen sind wir damals beigetreten. Und bei den Dollar- und Devisen-Reserven werden wir das in diesem Jahr so halten, wie wir das im vergangenen Jahr gehalten haben, je nach Zweckmäßigkeit und Marktlage.

Frage:

Und zur Empfehlung von Herrn Köhler?

Bundesbankpräsident Welteke:

Die EZB bekommt ja ständig viele Empfehlungen, die nehmen wir alle sehr ernst, bewerten sie und werden autonom entscheiden.

Frage:

Herr Welteke, richtig interessant wird ja die Verteilung des EZB-Gewinns ab dem nächsten Jahr. Können Sie etwas sagen, wie weit Ihre Verhandlungen im EZB-Rat über diese Frage gediehen sind?

Bundesbankpräsident Welteke:

Ihre Frage bezieht sich auf die Verteilung des sog. "monetäre income". In Deutschland ist dieser monetäre Gewinn im Vergleich zu anderen Ländern höher, weil der Anteil des Bargeldumlaufs am Bruttoinlandsprodukt bei uns höher ist als in einigen anderen Ländern. Das "monetäre income" wird nach einem Übergang - und

darauf bezieht sich ja ihre Frage - entsprechend den Kapitalanteilen verteilt. Der Gewinn der Bundesbank wird sich nach Ablauf dieser Übergangsfrist auf den Anteil am Kapital der EZB reduzieren. Wir führen gegenwärtig Gespräche mit den nationalen Notenbanken über die Angleichung an die nationalen Kapitalanteile.

Bundesbankvizepräsident Dr. Stark:

Bezüglich der öffentlichen, teilweise wissenschaftlichen Diskussion über die möglichen „Verluste“ der Bundesbank möchte ich anmerken: Wenn man die heutigen Zahlen, die nun einige Wissenschaftler präsentieren, mit denen von vor 3 oder 4 Jahren vergleicht, so ist schon eine erstaunliche Änderung festzustellen. 1997 wurde noch von Verlusten von über 90 Mrd. DM gesprochen, und Herr Sinn hat am 6. März in einem Interview 57 Mrd. DM genannt. Aus meiner Sicht demonstrieren die Zahlen eine gewisse Beliebigkeit. Man sollte sich davon nicht irritieren lassen, sondern es zählt zunächst allein die Tatsache, dass für 3 keine Umverteilung des "monetären income" stattfindet. Das Eurosystem hat das Problem erkannt, ein Problem, das im Übrigen Anfang der 90er Jahre, als man den Vertrag verhandelt und ratifiziert hat, so nicht erkennbar war. Ich bin hier zuversichtlich, dass wir eine zufriedenstellende Lösung, die alle mittragen können, erreichen werden.

Frage:

Sind Sie aus Berlin mit neuen friedlichen Erkenntnissen zurückgekehrt, was die Bundesbank-Struktur-Reform anbelangt, damit Sie die Widerstände im ZBR-Rat und auch in den Bundesländern jetzt bald überwinden können? Die zweite Frage betrifft die Außendarstellung des Euro. Hier scheinen doch immer noch riesige Probleme zu bestehen, wenn ich sehe, was da am 2. März aus Rouen gekommen ist. Da sind Sie und Herr Trichet aufgetreten, Herr Duisenberg hat ein schriftliches Dokument vorgelesen durch Herrn Trichet, das praktisch die EZB-Ratsbeschlüsse vom März enthält. Ist denn der Deutsch-Französische Wirtschaftsrat überhaupt noch zeitgemäß, solche dualen Gespräche von 2 EZB-Rats-Mitgliedern, wo Sie doch im Eurotower eine einheitliche Geldpolitik betreiben müssen. Was koordinieren Sie beide denn eigentlich in Rouen?

Bundesbankpräsident Welteke:

Was die Bundesbank-Struktur-Reform angeht, gibt es eigentlich zwischen den Auffassungen vom BFM Eichel und mir keine wesentlichen Unterschiede. Es ist uns bisher nicht gelungen, die Länderregierungen davon zu überzeugen, dass mit der Einführung des Europäischen Systems der Zentralbanken auch Rückwirkungen für die Leitungsstruktur der Deutschen Bundesbank verbunden sind, und dass geldpolitische Entscheidungen im EZB-Rat nicht auf regional-wirtschaftlichen Entwicklungen basieren, sondern auf einer Betrachtung der Entwicklung in der Europäischen Währungsunion. Diese Überzeugungsarbeit ist bisher nicht hinreichend gelungen, das gebe ich zu, und vielleicht kann der eine oder andere von Ihnen seine Anstrengungen in dieser Richtung nochmal verstärken. Zur zweiten Frage, die Sie angesprochen haben: Die Gespräche zwischen dem französischen Finanzminister und Notenbankgouverneur und dem deutschen Finanzminister und Bundesbankpräsidenten gehen auf eine Zusatzvereinbarung zum Deutsch-Französischen Vertrag zurück. Es bleibt sicherlich so, dass sich in der europäischen Integration nur dann etwas bewegen lässt, wenn die beiden großen Länder Frankreich und Deutschland sich möglichst weitgehend einig sind. Von daher sind diese informellen Informationstreffen auch von großer Bedeutung für die weitere Integration Europas. Dass nicht jedesmal etwas verkündet werden kann, ist selbstverständlich. Ich hatte dieses Mal jedenfalls das Gefühl, dass wir einen sehr vernünftigen und informativen Meinungsaustausch in Rouen geführt haben.

Frage:

Ist dieser Vertrag überhaupt noch mit Maastricht konform, was die Geldpolitik angeht?

Bundesbankvizepräsident Dr. Stark:

Es ging bei dieser Vereinbarung über die Einrichtung des Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrates ja nicht um eine Koordinierung der Geldpolitik. Diese Zusatzvereinbarung ist 1988 abgeschlossen worden. Ich selbst habe an knapp 20 solcher Treffen teilgenommen und kann auch aus der Zeit vor Eintritt in die 3. Stufe der Währungsunion sagen, dass es nie einen Versuch gegeben hat, eine geldpolitische Koordinierung zu erreichen, sondern es hat einen Informations- und

Gedankenaustausch gegeben. Natürlich hat sich der Charakter dieses Wirtschafts- und Finanzrates jetzt mit Eintritt in die 3. Stufe der Währungsunion etwas verändert, aber ich halte ihn für unverzichtbar. Gerade in der Anfangsphase der 3. Stufe der WWU, in der wir ja noch sind, sollte man nicht unterschätzen, welche Rolle die Zentralbankgouverneure in diesem Kontext spielen, um vielleicht einige Missverständnisse schon im Vorfeld, also bevor sie an die Öffentlichkeit gehen oder zu einem Konflikt zwischen Politik und EZB führen, zu bereinigen. Das, was wir am 30. März in Sachen Unabhängigkeit und Eurogruppe gehört haben, war sehr positiv.

Frage:

Ein bisschen komisch war das schon: Am Donnerstag tagt der EZB-Rat und einen Tag später verlesen Sie bzw. Herr Trichet die Erklärung zu der Entscheidung, die vorher getroffen wurden ist. Das gab es bisher noch nicht. Ist das eine neue Taktik? War das auf Wunsch von Herrn Duisenberg geschehen? Können Sie das aufklären?

Bundesbankpräsident Welteke:

Es liegen uns ja unendlich viele Empfehlungen vor, die EZB-Rats-Mitglieder sollten mit einer Stimme sprechen. Deshalb haben wir auf unseren Sitzungen schon öfter versucht, eine Sprachregelung zu finden, die für alle tragbar ist. Es war dieses Mal sicherlich das erste Mal, dass eine solche Sprachregelung „verlesen“ wurde.

Frage:

Vor 15 Tagen hatten Sie als erster vom EZB-Rat gesagt, die Preisrisiken haben sich im Vergleich zu den letzten Wochen abgeschwächt. In der Woche danach haben Sie das aber ein bisschen zurückgenommen. Sind die Preisrisiken im Vergleich zu den letzten Wochen in der Tat zurückgegangen?

Bundesbankpräsident Welteke:

Sie kennen doch die veröffentlichten Daten über Geldmengenwachstum und können feststellen, dass sich das Geldmengenwachstum stärker auf den Referenzwert zubewegt. Deswegen gibt es aus der ersten Säule der Strategie geringere Aufwärtsrisiken für die Preisstabilität. Was die zweite Säule betrifft, so wird das geringere Wachstum des BIP zu einem verminderten Aufwärtsdruck bei den Inlandspreisen beitragen. Allerdings müssen die Entwicklung von Löhnen und Gehäl-

tern und die Folgen der Ölpreiserhöhung in der Vergangenheit noch aufmerksam beobachtet werden. Ich habe vorhin deutlich gemacht, dass die Risiken noch nicht ganz verschwunden sind. Genau Ihre Frage macht doch deutlich, wie notwendig es ist, dass wir versuchen, alle mit einer Stimme zu sprechen.

Frage:

Eine Frage zu diesem "trade-off" zwischen Preisen und Konjunktur. Könnten Sie das Szenario noch einmal erläutern? Zweite Frage: Haben wir in den USA wirklich rezessive Erscheinungen, die uns sehr stark tangieren, und wie ist der konjunkturelle Verlauf, den Sie annehmen?

Prof. Remsperger, MdD:

Zunächst zur Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Man kann sagen, dass das Bild über die Entwicklung in den Vereinigten Staaten selbst auch nicht ganz einheitlich ist. Das muss man zunächst zur Kenntnis nehmen. Angenommen, dass es dort eine nachhaltige Abflachung des Wirtschaftswachstums geben wird, dann müssen wir uns fragen, über welche Kanäle sich dieses verlangsamte Wirtschaftswachstum auch auf Europa übertragen kann. Dabei müssen wir nicht nur den Kanal über den Außenhandel ansehen, sondern müssen z. B. den Verbund zwischen den Finanzmärkten betrachten, und wir müssen - das wird m. E. etwas vernachlässigt - auch sehen, dass viele europäische Firmen in den USA Direktinvestitionen vorgenommen haben. Wenn sich nun die Wirtschaftsentwicklung in den USA abschwächt, so wie geschehen, dann hat es auch auf die Entwicklung der Firmen hier in Europa unmittelbare Konsequenzen. So gesehen gibt es eine Vielzahl von Einflussfaktoren der US-Entwicklung auf Europa, die sich dann aber allerdings von Land zu Land unterscheiden. Insofern würde ich die Effekte auch nicht überbewerten. Was das Verlaufsbild der Konjunktur betrifft, habe ich schon angedeutet, dass trotz der Aussage über ein deutlich geringeres Wachstum die Annahme besteht - und wenn ich es richtig beurteile, ist sie bei nahezu allen Prognostikern gegeben -, dass sich im weiteren Jahresverlauf die Konjunktur in Deutschland wieder nach oben bewegen wird. Das heißt, wir müssen klar differenzieren zwischen dem Durchschnittsbild auf der einen Seite und dem Verlaufsbild auf der anderen Seite.

Frage:

Sie haben die Bewertung der Währungs- und Goldreserven mit 61 Mrd. Euro bzw. 120 Mrd. DM zu Marktpreisen vorgenommen. Darin sind nicht die Reserven enthalten, die Sie schon an das Eurosystem überwiesen haben. In welchem Jahr plant die Deutsche Bundesbank, diesen Betrag dem richtigen Eigentümer, nämlich dem deutschen Volk bzw. der Regierung, zu überweisen?

Bundesbankpräsident Welteke:

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir unsere Goldbestände auf Grund eines internationalen Abkommens im Augenblick nicht reduzieren können. Inwieweit wir die US-Dollar-Bestände reduzieren, ist natürlich auch eine Einschätzung des Risikos, ob das, was wir der EZB übertragen haben, ausreicht, oder ob dies später noch einmal erhöht wird. Darüber gibt es noch offene Fragen. Ansonsten werden wir das genauso wie im letzten Jahr machen: Je nachdem, wie es uns zweckmäßig erscheint, werden wir die Bestände sukzessive in den Markt einschleusen – dies dient dem Bund zur Ablösung von Schulden (Erblastentilgungsfonds) - und als Gewinn ausweisen.

Frage:

Welche Auswirkungen haben die aktuellen Arbeitslosenzahlen auf die Binnennachfrage?

Bundesbankpräsident Welteke:

Saisonbereinigt ist bei den Arbeitslosenzahlen gegenüber dem Vormonat zwar ein Anstieg um 12.000 zu verzeichnen. Bei einem Rückgang von 4.113.000 auf 4 Mio. ist die Arbeitslosenquote gegenüber Februar aber von 10,1% auf 9,8% gesunken; im März sank die Quote gegenüber dem Vorjahr von 10,6% auf jetzt 9,8%. Wenn man nur auf die Arbeitslosigkeit sieht, dann bekommt man ein falsches Bild. Die Zunahme der Beschäftigung in Deutschland ist deutlich größer als die Abnahme der Arbeitslosigkeit. Daher kann man durchaus konstatieren, dass sich die Konsumnachfrage in Verbindung mit der ersten Stufe der Steuerreform, die am 01.01. 2001 in Kraft getreten ist, in diesem Jahr recht positiv entwickeln dürfte.

Frage:

Haben Sie sich heute im Zentralbankrat eine Meinung gebildet über die EZB-Entscheidung? Wie ist der Stand der Dinge bezüglich der Auseinandersetzung mit Hans Eichel über das gesamte Aufsichtswesen in dieser Republik?

Bundesbankpräsident Welteke:

Erstens: Im Bundesbankgesetz heißt es: „Der Zentralbankrat erörtert mit dem Präsidenten die Auswirkungen der geldpolitischen Entscheidungen.“ Das tun wir alle 14 Tage. Wir erörtern, hier muss keine Entscheidung mehr getroffen werden.

Zum zweiten Punkt: Aktuell fühlt sich der Bundesfinanzminister durch die Entscheidungen zweier großer Versicherungen und zweier Banken in seiner Konzeption einer Allfinanzaufsicht sicherlich gestärkt. Die Bundesbank ist jedoch nach wie vor der Auffassung, dass die Synergie-Effekte zwischen Bundesbank und Bankenaufsicht größer sind, als die Synergie-Effekte zwischen Bankenaufsicht und Versicherungsaufsicht. Wenn aber, und so haben wir das beim letzten Mal beschlossen, die Politik daran festhält, ein Allfinanzaufsichtskonzept vorzulegen, dann kommt es darauf an - aus guten Gründen hinsichtlich der Geldpolitik, der Verantwortung für die Finanzsystemstabilität, der dezentralen Struktur der Bundesbank, der Kompetenz der Mitarbeiter der Bundesbank, der Zunahme der Aufgaben nach Basel II (Supervisor Review-Prozess als Stichwort) - dass die Bundesbank in die Bankenaufsicht beteiligt wird, so weit das möglich ist.

Meister, MdD:

Mittlerweile ist aus meiner Sicht klaggestellt, dass der Bundesfinanzminister die Bundesbank in Sachen Bankenaufsicht eher stärken will. Er hat das öffentlich mehrfach erklärt, auch uns gegenüber. Wir gehen davon aus, dass das auch so gemeint ist. Die anschließende Frage lautet: Wie stärkt man die Bundesbank in Sachen Bankenaufsicht? Im Augenblick führen wir Gespräche mit dem Ministerium, auch im Hinblick auf die Vorbereitung eines Allfinanzgesetzes. Wir gehen davon aus, dass sich die neue Bundesanstalt im Wesentlichen auf die Tätigkeiten bzw. Empfehlungen der LZBen, die mit Prüfungsberichten und Prüfungen bei Instituten zu tun haben, stützen kann. Wir befürworten eine Erweiterung des § 7 KWG in dem Sinne, dass sich das Amt bei den hoheitlichen Tätigkeiten auf die

Prüfungsfeststellung der Bundesbank stützen kann, um Doppelarbeiten zu vermeiden. Das wäre eine wesentliche Verbesserung und Vereinfachung und würde die Effizienz der Bankenaufsicht steigern.

Zweitens ist es meiner Ansicht nach notwendig, dass die Bundesbank an den Abnahmeprüfungen derer, die ein bankinternes Rating beantragen werden, beteiligt wird. Das kann man im Gesetz, aber auch in anderer Form regeln. Dies haben wir dem Bundesfinanzminister ebenfalls als Vorstellung der Bundesbank mitgeteilt. Diese und andere Fragen, die auch Sonderprüfungen betreffen, sind letztlich zu klären. Dies sind nicht nur hehre Bekenntnisse, sondern diese Schritte zeigen konkret, in welchen Punkten und Positionen die Bundesbank stärker mitwirken wird. Das ist auch im Hinblick auf die personellen Ressourcen notwendig. Der Haushaltsausschuss hat zwar einen Antrag des Amtes genehmigt, insgesamt 600 Mitarbeiter einstellen zu dürfen - teilweise sind hier schon Personen für die Bundesbank enthalten. Aber die Rekrutierung dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wird sicher eine längere Zeit in Anspruch nehmen. Wir haben durchaus sehr qualifiziertes Personal, bei den LZBen und hier bei der Dienststelle. Weil man die Genehmigung von Modellen nicht weiter hinausschieben kann, müssen wir damit anfangen, und insofern denke ich, dass alle diese Gründe dafür sprechen, dass die Bundesbank auch in der Bankenaufsicht weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird. Und auch an den neuen Aspekten zu Basel und den neuen Überprüfungsformen, dem so genannten Supervisor-Review-Prozess, wird die Bundesbank entscheidend mitwirken.

Frage:

Was macht Herr Jauch für die Bargeldrückholaktion im Mai? Und haben Sie, Herr Welteke, Ihr eigenes Kleingeld auch schon auf die Bank gebracht?

Bundesbankpräsident Welteke:

Herr Jauch ist Schirmherr dieser Aktion und wird selbst auch in Fernsehspots auftreten. Es geht uns darum, die Münzhorte, die es in fast allen Haushalten gibt, schon jetzt zurückzuführen, damit der Umtauschprozess zum Jahreswechsel entzerrt wird. Das ist im Interesse der Banken und in unserem Interesse, aber sicherlich auch

im Interesse der Haushalte, die darüber staunen werden, wie viel Münzgeld sie irgendwo gehortet haben. Auf jeden Bundesbürger entfallen im Schnitt 340 Münzen.

Frage:

Wie ist der momentane Stand zum Thema Basel II? Gibt es schon Rückmeldungen auf die Fragebögen? Wie reagieren die Banken?

Bundesbankpräsident Welteke:

Die Banken haben uns mitgeteilt, dass sie die Konsultationsfrist voll ausschöpfen müssen, um die Impact-Studies durchführen zu können. Die Durchführung dieser Auswirkungsstudien ist notwendig, um letztlich die Eigenkapitalanforderungen zutreffend kalibrieren zu können. Insofern sind wir ein bisschen überrascht darüber, dass erste Schätzungen angeblich darauf hindeuten, dass die Eigenkapitalanforderungen höher sein werden, als das von dem Ergebnis der Baseler Konsultationsrunde bisher mitgeteilt worden ist. Wir bitten nur, dass man diese Studien seriös durchführt. Wenn sich herausstellen sollte, dass die Eigenkapitalanforderungen anders kalibriert bzw. dass einige Faktoren adjustiert werden müssen, wird das erfolgen. Im Augenblick macht es wenig Sinn, hier eine Stimmung zu erzeugen, die möglicherweise das unserer Ansicht nach ganz ordentliche Verhandlungsergebnis in Frage stellen könnte, oder vielleicht auch - und das wäre noch schlimmer – die Wirtschaft im Hinblick auf die Auswirkungen dieser jetzt als ungewiss dargestellten Ergebnisse für den Mittelstand und Kleinunternehmen verunsichern würde.

Frage:

Eine Zusatzfrage zur Allfinanzaufsicht an Herrn Welteke und Herrn Meister: Sind Ihre Äußerungen so zu interpretieren, dass hinter der Kulisse Konsensgespräche mit Berlin geführt werden und dass die vorgetragene Divergenz an sich schon überholt ist? Wie verträgt sich das mit dem Statement des EZB-Rats dazu? Der befürchtet ja sehr wohl einen Kompetenzverlust, vielleicht auch der unabhängigen Geldpolitik, wenn eine Bewegung in Richtung Finanzaufsicht geht. Dann noch eine Konjunkturfrage: Herr Remsperger, haben wir jetzt einen Zyklus, oder ist das ein Tappen im Nebel? Im zweiten Halbjahr wird alles besser, wenn es Amerika besser geht: Das ist wirklich nicht sehr präzise.

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir sind keine Verhandlungspartner des Bundesfinanzministers. Wir kennen auch den Gesetzentwurf noch nicht. Erst dann können wir eigentlich prüfen, ob das unseren Vorstellungen nahe kommt oder ob wir zusätzlichen Erörterungs- und Klärungsbedarf haben.

Prof. Remsperger, MdD:

Zu Ihrer Frage nach der weiteren Entwicklung der Konjunktur: Ich denke, man kann einige Gründe dafür nennen, dass sie sich im weiteren Jahresverlauf wieder etwas verbessert, verglichen mit der Entwicklung der letzten Monate. Wie Herr Welteke bereits betont hat, wird die Steuersenkung dem privaten Konsum zugute kommen. Das ist ein Faktor, der uns hoffen lässt, dass die weitere Entwicklung wieder etwas mehr Schwung haben wird als in den letzten Quartalen. Darüber hinaus, und das scheint mir sehr wichtig, können wir davon ausgehen, dass die negativen Terms-of-Trade-Effekte, die im vergangenen Jahr die Konjunktur im zweiten Halbjahr belastet haben, sich diesmal anders zeigen werden. Auch das dürfte die Konjunktur stützen, so dass ich keineswegs der Auffassung bin, dass die weitere Entwicklung allein vom Verlauf der amerikanischen Konjunktur abhängt.

Frage:

Wenn das Wirtschaftswachstum ein kleines bisschen abfällt und die Preise auch noch etwas runter gehen, dann haben wir eigentlich ein gleichgewichtiges Wachstum. Und wir haben das, was die EZB bei der Veranschlagung von M 3 zu Grunde gelegt hat: 4,5 % M3-Wachstum als Referenzwert und 2,5 % - Wachstum, und dann eine Preissteigerung von rund 2 %: Ist unser Referenzzinssatz mit 4,75% mit so einer Bilderbuchsituation vereinbar, oder ist er dafür zu hoch?

Prof. Remsperger, MdD:

Sie beginnen mit einer Ausgangsbetrachtung des Wirtschaftswachstums und stellen anschließend die Frage: Welcher Zins passt dazu?, was nichts anderes ist als die erneute Frage: Wie werden sich die Zinsen in Zukunft entwickeln? Gerade dazu können Sie jetzt von uns keine Antwort erwarten.

Frage:

Es wird aber diskutiert. It's good news, wenn sich das Wachstum in Richtung Potenzialwachstum entwickelt. Was bedeutet es für die Zinspolitik? Das ist nicht nur eine praktische, sondern auch eine theoretische Frage.

Bundesbankpräsident Welteke:

Wir sind hier nicht in einem wissenschaftlichen Kolloquium, in dem wir den Gleichgewichtszins bestimmen wollen, sondern Sie versuchen doch herauszukriegen, welchen zinspolitischen „bias“ der Bundesbankpräsident in seiner Eigenschaft als Mitglied des EZB-Rates gegenwärtig im Kopf hat. Wir werden dafür bezahlt, dass wir das merken. Deshalb schlage ich Ihnen vor, den mittleren Abschnitt dieser Sprachregelung nachzulesen, die Sie als Pressemitteilung von der EZB bekommen haben.

Frage:

Waren Sie mit Ihrem Kollegen Trichet bezüglich des nächsten Zinsschritts einer Meinung?

Bundesbankpräsident Welteke:

Ja, natürlich.

Frage:

War die Verlesung der Tischvorlage in Rouen eine Panne, oder war das von der EZB gewollt?

Bundesbankpräsident Welteke:

Meine Interpretation: Wir hatten uns im EZB-Rat darauf verständigt, dass wir für die immer wiederkehrenden Fragen der Journalisten eine Sprachregelung zu Papier bringen, um eine möglichst gleichgerichtete Argumentation der Mitglieder des EZB-Rates zu gewährleisten. Ich glaube nicht, dass im EZB-Rat die Absicht bestand, das dann im Wortlaut vorzutragen, sondern dass dies eben als eine Handreichung für die Beantwortung von Fragen gedacht war. Dass dies vom Kollegen Trichet vorgelesen wurde, schadet meines Erachtens aber auch nicht.

Frage:

In der zweiten Säule Ihrer geldpolitischen Strategie ist die Rede von den aktuellen Preisrisiken. Sie haben in diesem Zusammenhang Zweitrunden-Effekte genannt und führten als Beispiel die Lufthansa-Urabstimmung ins Feld. Das ist jedoch ein ziemlich absurder Fall, der mit der Masse der Lohnverhandlungen überhaupt nichts zu tun hat. Eigentlich bestimmt die EZB die Geldpolitik, wie sie in einem Jahr effektiv sein wird. Daher leuchtet mir die Argumentation mit der Gegenwart nicht ein.

Bundesbankpräsident Welteke:

Sie haben Recht, dass dies kein Beispiel für Zweitrunden-Effekte ist. Eine ganze Reihe von Tarifvertragsparteien bzw. Gewerkschaften haben aber auch schon angekündigt, in der nächsten Lohnrunde deutlich höhere Forderungen als im vergangenen Jahr zu stellen. Wir können auch nicht alleine auf Lohnverhandlungen in Deutschland abheben, sondern wir müssen das gesamte europäische Währungsgebiet im Auge behalten. Erst vorhin habe ich darauf hingewiesen, dass in den Niederlanden gerade Abschlüsse getätigt worden sind, die uns überhaupt nicht gefallen können, nämlich indexierte Verträge.

Frage:

Aber die Niederlande sind ein kleines Land. Deutschland hingegen trägt zu 33% des BIP bei.

Bundesbankpräsident Welteke:

Dann könnten wir ja gleich Europa vergessen und wieder deutsche Geldpolitik wie in der Vergangenheit machen. Die Gefahr besteht doch im Überspringen solcher Entwicklungen. Sehen Sie sich die Lohnforderungen in Spanien an: Das kann man auch vergessen, oder die Entwicklung in Italien, oder in Frankreich... . Wir haben sehr unterschiedliche Situationen. Deutschland hat zwei, wenn man so will, zufriedenstellende Jahre in Bezug auf die Lohnentwicklung hinter sich. Ob das anhält, ist noch nicht ausgemacht. Von daher gehen von den Lohnrunden nach wie vor durchaus Preisgefahren aus, die beachtet werden müssen. Ich kann nur noch einmal betonen: Bei beiden Säulen unserer Strategie sind die Risiken, dass es zu Preiserhöhungen kommt, nach unseren Einschätzungen zwar geringer als in der

Vergangenheit, aber auch noch nicht gänzlich verschwunden. Deshalb muss die Entwicklung weiterhin sorgfältig beobachtet werden.

Frage:

Wann wurde die Bundesbank von der Fusion zwischen Allianz und Dresdner Bank unterrichtet? Was halten Sie von dieser Fusion, und wie schätzen Sie die Folgen für die Konsolidierung des Bankwesens im Laufe des Jahres ein?

Bundesbankpräsident Welteke:

Das ist ein abendfüllendes Thema. Die Bundesbank ist hier wettbewerbsneutral und hat diese Entwicklung nicht zu beurteilen. Zu Ihrer Eingangsfrage: Herr Fahrholz hat mich sehr früh, vergangene Woche, telefonisch informiert. Er hat mir auch in wenigen Sätzen die Hintergründe dieser Maßnahme geschildert. Ansonsten ist die Bundesbank hier nicht involviert. Für den Verkehr mit den Banken sind die jeweiligen LZB-Vorstände in den Bereichen zuständig.

Frage:

Ich habe eine Frage zur Bargeldrücknahme. Nehmen Sie eigentlich auch ausländische Münzen aus der Eurozone wieder zurück, um Ihren Kollegen dabei zu helfen, das Geld wieder einzusammeln?

Bundesbankpräsident Welteke:

Nein, das wurde in der Vergangenheit nicht gemacht und wird auch jetzt nicht gemacht. In den Flughäfen stehen in den Transitbereichen große Kästen, in die man die Münzen ausländischer Währung einwerfen kann. Die werden bearbeitet, und die Erlöse fließen karitativen Zwecken zu.